

Sozialistische Hochschulzeitung

5/14

#80 · SOZIALISTISCHE GRUPPE (SG) · HOCHSCHULGRUPPE ERLANGEN/NÜRNBERG
WWW.SOZIALISTISCHEGRUPPE.DE · SG@SOZIALISTISCHEGRUPPE.DE

Kein Mindestlohn für unter 18-Jährige: Die Jugendlichen müssen vor der Verlockung des Mindestlohns gerettet werden!

„In den kommenden Tagen will Arbeitsministerin Nahles ihren Gesetzentwurf zum Mindestlohn den Kabinettskollegen vorlegen. Eine Lohnuntergrenze für arbeitende Jugendliche soll es darin nicht geben – Nahles fürchtet einen falschen Anreiz. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles will Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr vom geplanten gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro die Stunde ausnehmen. Wir müssen verhindern, dass junge Menschen lieber einen besser bezahlten Aushilfsjob annehmen, statt eine Ausbildung anzufangen“, sagte die SPD-Ministerin der Bild am Sonntag. „Jeder Jugendliche muss eine Ausbildung machen!“ (Nahles)“ (SZ 17.03.14)

Es gilt also: Bloß keine falschen Anreize für die Jugendlichen, die sich zwischen einer Ausbildung, während der sie fast nichts verdienen, um später womöglich etwas besser verdienen zu können, und sofortigem, dafür dauerhaftem Schlecht-Verdienen zu entscheiden haben. Bei

denen, so fürchtet Frau Nahles, wirkt sogar der Mindestlohn als eine Verlockung, der viele nicht widerstehen könnten. Das Dilemma erspart sie ihnen nun, indem sie Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr die Gunst des Mindestlohns gleich ganz vorenthält. Nur wenn die bei einer Arbeit, bei der es aufs Verdienen ankommt, fast nichts verdienen und im Vergleich zum unreglementierten Niedriglohn sogar die Ausbildungsvergütung nicht allzu schlecht abschneidet, erscheint der Ministerin das Opfer einer Ausbildung den Betroffenen „vermittelbar“. Hat ihr eigentlich niemand geflüstert, dass sich der Fehlanreiz durch eine allgemeine Mindestvergütung von 8,50 Euro auch für Lehrlinge ebenso gut hätte vermeiden lassen? Natürlich hat das niemand. Schließlich soll sich in der dualen Ausbildung die Arbeit der Lehrlinge, die im Betrieb noch lernen, für die Unternehmen auch lohnen. Sonst wird das auch nichts mit der Ausbildung! ●

Deutsche Beiträge zum Sportfest in Sotschi: „Die Welt zu Gast bei Feinden“

So betitelt das Handelsblatt einen seiner Berichte über die Olympia-Vorbereitung (HB, 3.2.14). Die deutsche Öffentlichkeit wusste eben schon vor Putins Antwort – Krimannexion – auf die Vereinnahmung der Ukraine durch die EU, dass es sich bei ihm um einen durchgeknallten Machtpolitiker handelt, „der in einer anderen Welt lebt“ (Bundeskanzlerin Merkel). Ganz objektiv und ohne Vorurteil haben das die Journalisten im Vorfeld der olympischen Spiele in Sotschi bei der Begutachtung der Vorbereitungen herausgefunden.

Ein surrealer Standort ...

SZ, Bild und FAZ zeigen sich einhellig befremdet über die Auswahl der Location für das „Natur-schnee-ferne russische Wintersportzentrum, dem

das IOC aus dem Boden half.“ (SZ, 3.2.14) „Winter-Olympia in einem Sommerkurort – das klingt nach Absurdistan.“ (Bild, 8.2.14) Vor allem, wenn man kurz mal ausblendet, dass sich neben einem Meer mit Mittelmeerklima ein Hochgebirge mit echtem Schnee befindet. Aber auch wenn man dort zufälligerweise auf Schnee trifft, ist die Sache immer noch absurd genug: „Der Schnee macht den Gedanken etwas weniger surreal, Winterspiele auf dem Breitengrad von St. Tropez auszurichten.“ (FAZ, 2.1.14) Einfach surreal, diese Russen, die das Gelände auch noch mit Verkehrsmitteln zugänglich machen und ein Sommer- und Winter-, Sport- und Ferienparadies mit den allgemein üblichen Errungenschaften der Tourismusindustrie bauen. Das geht doch in den Kopf nicht rein, wozu das gut sein soll. Unsere Reporter verstehen es einfach nicht, warum Russland seine →

Wissenschaftskritik

Vortagsreihe
SS 2014

Do, 22.5. Geschichte

Die Verwechslung von Begriff und Genese
Referent: Paul Pflüger (München)

Siehe Innenteil!

GegenStandpunkt Vortrag & Diskussion

Die Energiewende klappt zu gut

... für ihren kapitalistischen
und nationalen Auftrag!
Jetzt wird sie gebremst.

Donnerstag, 5. Juni 2014, 20:15 Uhr
Künstlerhaus, Weiß. Saal, Königstr. 93, Nbg.

Vom technischen Standpunkt aus betrachtet, kommt die bei den Bürgern beliebte „Energiewende“ weg von Atomkraft, Kohle, Öl und Gas hin zu den erneuerbaren Energiequellen gut voran: Windräder, Solarkollektoren und Biogasanlagen produzieren heute schon mehr Strom, ersetzen also schon mehr konventionelle Energieträger als ursprünglich geplant.

Ausgerechnet der gute Fortschritt macht nun Probleme. Das verrät, dass die technische Umstellung der Energieversorgung unter ganz anderen Berechnungen und Zielvorgaben steht als bloß der Vermeidung von klimaschädlichen Emissionen. Die wäre ja auf gutem Weg.

An den Schäden und Gefahren, die Deutschland nun vom guten Öko-Strom drohen, wird deutlich, worum es bei der nationalen Energieversorgung einer kapitalistischen Nation wirklich geht, unter welchen Leistungsvorgaben die Elektrizitätserzeugung in so einem Land also steht – und was für Bedingungen die Erneuerbaren alle erfüllen müssen, um dafür überhaupt in Frage zu kommen. Dass sie Strom erzeugen und dabei Mensch und Natur nicht schädigen, ist jedenfalls das Unwichtigste an ihnen.

Nebenbei machen die aktuellen Nöte und der politische Korrekturbedarf an der neuen Energiepolitik auch noch deutlich, welchen Stellenwert die vollmundig bekannte Verantwortung für das Klima und die Zukunft des Globus bei der nationalen Energiepolitik wirklich hat.

Der Vortrag wird die tatsächlichen Kalkulationen der nationalen Energiepolitik und den kapitalistischen und imperialistischen Stellenwert dieses ökonomischen Grundstoffs darlegen.

DISKUSSIONSVERANSTALTUNGEN

Die Sozialistische Gruppe (SG) bietet regelmäßig Diskussionsveranstaltungen zu aktuellen und grundsätzlichen Themen aus Politik und Wirtschaft an. Alle Interessierten sind zum Zuhören oder Mitdiskutieren eingeladen: **monatlich in Erlangen** (siehe Ankündigung auf der letzten Seite!) und **zweiwöchentlich in Nürnberg**:

Gerechtigkeit

überall hoch geschätzt und vehement gefordert als

- eine Maxime der Herrschaft
- Prinzip der Leistungsgesellschaft
- Ideal des sozialen Ausgleichs

Warum der Ruf nach Gerechtigkeit nichts taugt wollen wir klären auf der Veranstaltung am

Dienstag, 3. Juni, 20:15 Uhr, Stadtteilzentrum Desi, Brückenstraße 23, Nürnberg

Geschichte

Die Verwechslung von Begriff und Genese

Historiker halten bei allen Gegenständen die immer gleiche Bestimmung fest, *Produkt* der Geschichte zu sein. „Die Geschichtswissenschaft gründet auf der Überzeugung, dass die Gegenwart aus der Vergangenheit hervorgeht“, heißt es. Das Wesen der Dinge liegt damit in ihrem Bewirktheit durch Anderes, Früheres. Ein Historiker will „die gegenwärtige Welt als historisch gewordene erklären“. Die Kardinalfrage des Historikers lautet: *Wie* ist es zum Gegenstand meines Interesses gekommen? Eine geschichtliche Erklärung liegt immer in der Entstehung des Ereignisses, Ursache ist immer identisch mit Ursprung. Geschichte ist für einen Historiker nicht das, was erklärt werden soll, sondern das, *womit* alles erklärt werden muss. Es geht nicht um die Erklärung geschichtlicher Phänomene, sondern um die *geschichtliche* Erklärung der Phänomene.

Damit ist eine entscheidende Weiche gestellt: Der Schlüssel zur historischen Erkenntnis eines Gegenstandes liegt programmatisch *außerhalb* des Gegenstands in dessen ‚Vorgeschichte‘. Um einen Gegenstand zu erklären, wendet sich der Gedanke im Rückwärtsgang von ihm ab und vorausgehenden, oft weit zurückliegenden Geschehnissen zu. Der Gedanke *entfernt* sich damit von seinem Gegenstand, um sich im weiten Feld seiner Vorgeschichte nach Bedingungen umzutun, die seine Entstehung bewirkt haben sollen. Das heißt nicht, dass über den zur Debatte stehenden Gegenstand nichts gesagt worden wäre. Mit dem Erklärungsprinzip ‚Vorgeschichte‘ ist er kategorisch als *Wirkung* früher datierender Ereignisse identifiziert. Und die zur Erklärung herangezogenen Begebenheiten der Vorgeschichte haben auch schon ihre spezifisch *historische* Qualität abbekommen: Sie sind *Ursache* für Späteres. Die historischen Phänomene geben sich damit – unter der Ägide ihres Interpreten – wechselseitig ihren Begriff. Jeden Gegenstand lässt der Historiker in die *Verhältnisse* zerfallen, deren Ergebnis er sein soll bzw. für die er als Bedingung oder Ursache zitiert werden kann. Nichts gilt für sich, nichts muss folglich hinsichtlich *seiner* Qualitäten bestimmt werden.

Die solchermaßen entdeckten geschichtlichen Zusammenhänge sind notwendig konstruiert: Wer sich von vornherein einen Begriff des zu erklärenden Gegenstands erspart, kann unmöglich *seine* notwendigen Entstehungsbedingungen darlegen. Deswegen sind trübe Prädikate wie ‚führte zu‘, ‚mündete in‘, ‚brachte hervor‘, ‚hatte Einfluss auf‘, ‚war Voraussetzung für‘, ‚hängt zusammen mit‘, ‚bahnte an‘ und am schönsten: ‚zeitigte‘ die allgegenwärtigen Formeln zur Erzeugung eines Scheins historischer Folgerichtigkeit. Das reflektiert diese Wissenschaft nicht als Manko. Im Gegenteil: Es eröffnet ihr eine immense Freiheit der Interpretation: ‚Jede Generation muss ihre Geschichte neu schreiben‘, sagt man sprichwörtlich. So schafft es die Geschichtswissenschaft, aus der Geschichte immerfort einen aktuellen Sinn herauszulesen, mit dem sie zuverlässig auf der Höhe wirklich *jeder* Zeit bleibt.

Donnerstag, 22. Mai 2014
19:15 Uhr im Kollegienhaus, Raum 1.016,
Universitätsstraße 15, Erlangen

→ Winterspiele in einer „*atemberaubend schönen Landschaft*“ ausrichten und damit die Welt beeindrucken will. Rätsel über Rätsel, „*warum ausgerechnet hier, an Russlands wärmsten Flecken, das neue Wintersportzentrum des ja auch über reichlich Dauerfrost verfügenden Riesenlandes installiert werden musste.*“ (SZ 4.2.14) Sie hätten ihre Winterspiele doch auch bei 40 Grad Minus abhalten und die Abfahrtspisten in der platten sibirischen Taiga aufstellen können. Aber wenn dann doch trotz Mittelmeer „450 000 Kubikmeter Schnee“ vorhanden, nämlich „*unter Sägespänen*“ gebunkert worden sind, spricht auch das Bände, im Alpenraum haben wir dafür schließlich Schneekanonen.

Wie kann man aber auch ein ganzes Olympiagelände „*aus dem Boden stampfen*“, bloß weil man keines hat!

... ganz neu und ziemlich hässlich ...

„Die allermeisten Anlagen mussten neu errichtet werden.“ (FAZ, 24.12.13) „Dass keine Sportstätte vorhanden war, war ein Vorteil. So konnte alles so geplant werden, dass es IOC-Standards erfüllt; behauptet das Organisationskomitee.“ (SZ, 6.2.14)

Aber das ist natürlich viel zu kurzsichtig gedacht. „*Kritiker beklagen dagegen Gigantismus.*“ (Ebd.) Wo andere Veranstalter olympische Spiele ganz unauffällig und in bescheidenem Maßstab abwickeln, ihre alten Stadien benützen und dafür sicher nichts groß umbauen, weil das ja die Natur schädigen könnte, klotzen die Russen wie die Blöden und stellen glatt eine niegelagelte Sportlandschaft in die Natur. Und verbrauchen dafür tatsächlich Stahl:

„Allein für die Eisberg-Halle wurden 15 000 Tonnen Stahl verbaut – zweimal so viel wie am Eiffelturm.“ (SZ, 6.2.14)

Im Eiffelturm kann man allerdings auch nur sehr schlecht Eishockey spielen, da ist dem Autor der SZ vielleicht nicht der geglückteste Vergleich eingefallen. Aber die Formel für Gigantismus sollte man sich für die Zukunft merken: Menge Stahl dividiert durch Eiffelturm.

Putin dagegen lässt „*nagelneue Hotels mit kitschiger Architektur*“ (FAZ, 2.1.) aus dem Boden stampfen, die den Ansprüchen von Leuten, die an die ästhetischen Maßstäbe von Davos und Lech gewöhnt sind, einfach nicht genügen können.

„Schlimmer geht's nimmer. Mit diesen grauenvollen Stilmixen zwischen byzantinischen Säulen, Jugendstil-Anleihen und Klassizismus. Wie sonst kann es sein, dass ich mich wie in Disneyland fühle, oder aber in einem dieser Marken-Outlets, die sich bei uns an den Bundesstraßen und Autobahn-Auffahrten breit machen?“ (Bild 9.2.14)

Im Eifer des Gefechts macht die Stilkritikerin von der Bildzeitung gleich auch noch unsere Autobahnauffahrten schlecht, die nun wirklich nichts mit byzantinischen Säulen zu tun haben, wie auch immer die aussehen sollen. Und das bloß um anzumerken, dass irgendwelche Sportanlagen den Maßstäben ihres höchstpersönlichen Geschmacks nicht entsprechen. Sie verrät leider nicht, was der angemessene Stil gewesen wäre für ein russisches Olympia – Bauhaus oder vielleicht graue Plattenbauten? –, ist aber auch schon beim nächsten Punkt angekommen:

„*Alles glitzert, aber nichts funktioniert.*“ (Bild 9.2.14)

Die Spiele haben noch nicht angefangen, da halten unsere Reporter fest: Nichts funktioniert. Und damit unterhalten sie das Publikum mindestens

ein Jahr bis zur Eröffnung. Solange noch gebaut wird, ist vieles noch nicht fertig und das spricht natürlich dafür, dass es nicht fertig wird.

„Als David Möller (32) am 1. Februar im Olympischen Dorf von Sotschi ankam, staunte der vierfache Rodel-Weltmeister nicht schlecht. Keine Vorhänge an den Fenstern und ein Scheinwerfer davor.“ (Bild, 5.2.14) „Und ob das mit meinem WLAN noch was wird? Keine Ahnung! Fakt ist: Obwohl ich mit Hunderten Kollegen in einem ‚Media-Hotel‘ untergebracht bin, funktioniert hier in Sachen Medien nichts. Die Rezeption vertröstet, dass vielleicht morgen in meinem Stockwerk das Internet funktioniert. Oder übermorgen. Oder am Sankt-Nimmerleinstag.“ (Bild 9.2.14) →

BUCHEMPFEHLUNG

Margaret Wirth / Wolfgang Möhl

„Beschäftigung“ – „Globalisierung“ – „Standort“
**Anmerkungen zum kapitalistischen
Verhältnis zwischen**

Arbeit und Reichtum

Alle brauchen Arbeit – viele finden keine. Man kann das für ein *soziales Problem* halten und sich vorstellen, „Beschäftigungsförderung“ wäre die passende Antwort, mit staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und einer Senkung der Lohnnebenkosten, mit der „Schaffung von neuen Arbeitsplätzen“ durch Teilzeit- und Leiharbeit, oder wie auch immer. Über eine gewisse Absurdität muss man sich dabei allerdings schon hinwegsetzen: Wenn es nicht mehr so viel zu tun gibt, das Nötige von weniger Leuten in kürzerer Zeit zu erledigen ist – warum braucht dann überhaupt jeder Arbeit und so viele vollgepackte Arbeitsstunden, um leben zu können? Dass weniger Arbeit ersparte Mühe bedeutet: Warum gilt die Gleichung nicht?

Es liegt eben doch noch etwas anderes vor als eine „soziale Problemlage“, und jeder weiß auch was: Dass so viele Leute keine Arbeit finden, liegt an einem *ökonomischen Problem*. Arbeit unterbleibt, wenn sie nicht rentabel ist, wenn sie dem Unternehmen, in dem und für das sie stattfindet, nicht genügend Geldertrag einbringt. Wenn das so ist, dann findet Arbeit aber auch nur deswegen statt, weil und damit sie einem Unternehmen Gelderträge verschafft. Aus keinem anderen Grund unterbleibt sie dann eben auch, wenn sie nämlich nicht genügend Geld bringt.

Man sollte deswegen auch nicht die Rede vom sozialen Problem „Arbeitslosigkeit“ für die Sache nehmen und mehr Anstrengungen für „Beschäftigung“ einklagen. Die Absurdität des Systems, der Grund seiner Schädlichkeit für die Masse seiner Insassen, liegt nicht darin, dass Arbeit *nicht* stattfindet, wenn sie *nicht* rentabel ist, sondern dass sie *stattfindet*, weil es um Rentabilität geht. Seine soziale Gemeinheit beginnt nicht damit, dass die Leute, die Arbeit brauchen, oft keine finden; sie besteht schon darin, dass sie eine bezahlte *Arbeit brauchen*. Dass sie dann noch nicht einmal sicher sein können, eine zu finden, folgt daraus von ganz allein.



GegenStandpunkt Verlag
ISBN 978-3-929211-14-6
132 Seiten, € 10,-
Auch als Ebook erhältlich!

→ Oder es geht gleich wieder kaputt:

„Die Russen bauen bei Olympia nicht nur alles in Rekordzeit auf – einiges fällt auch in Rekordzeit wieder auseinander! Gestern, 11 Uhr, in Sotschi. Russlands Vize-Premierminister Dimitri Kosak (55) schreitet ans Rednerpult. Er legt seine Zettel ab, die Hände daneben – rumms! Die Plexiglas-Konstruktion kracht vor ihm zusammen. Hallo, Herr Putin! Geht hier in Russland alles so schnell kaputt?“ (Bild, 4.2.14)

Man denke nur, ein Plexiglas-Pult fällt um. Wenn das nicht typisch ist für dieses Land, das sich mit seiner Gigantomanie überfordert.

Manchmal dauert es aber auch noch, bis das Zeug kaputt geht. „In ein, zwei Jahren wird man sehen können, was aus diesen überhastet fertiggestellten Häusern wird.“ (FAZ, 12.2.14) Aber solange können wir natürlich nicht warten mit unserem vernichtenden Urteil. Denn wir wissen ja, wie der Russe so baut. Bild liefert entsprechende Erkenntnisse:

„In 24-Stunden-Schichten versuchen Bauarbeiter, das größte Olympia-Chaos bis zur Eröffnung am Freitag zu beseitigen. Allerdings bauen die Russen so, wie Kinder am liebsten ihre Zimmer aufräumen – Gerümpel schnell zur Seite schieben, fertig.“ (Bild, 4.2.14)

Die seriöse FAZ kennt den tieferen Grund, da geht es „immer noch nur“ um „die Erfüllung von Plänen“ und Qualität lässt sich im Unterschied zum Material nun einmal nicht planen:

„Die Bauqualität oder auch die Wertigkeit von Reparaturen lassen in Russland oft zu wünschen übrig, und das ist keineswegs nur dem harschen Klima geschuldet.“ Dem Mittelmeerklima? „Vielmehr scheint es, als zählten häufig immer noch nur die Quantität, die Erfüllung von Vorgaben, von Plänen. Das Material genießt hohen Stellenwert, möglichst edel muss es sein. Aber Qualität der Arbeit wird selten eingefordert oder kontrolliert.“ (FAZ, 10.2.14)

Wenn bei öffentlichen Bauwerken Termine eingehalten und Vorgaben erfüllt werden sollen, kann man daran schon ablesen, dass in Russland noch die alte Mentalität vorherrscht. Wo der Markt regiert, sind Termine kein Problem. Manchmal fällt den Autoren dann aber wieder ein, dass auch in Russland inzwischen der Markt regiert, wenn sie nämlich freudig darauf spekulieren, „was aus diesen überhastet fertiggestellten Häusern wird“. Für den Fall, dass sie nicht in sich zusammenbrechen, wissen wir jetzt schon, dass der Markt sein Urteil über diese grandiose Fehl-investition sprechen wird.

„Das ist nicht nur eine Frage der Bauqualität, sondern auch des Marktes. So viele Gäste wie zu den Olympischen Spielen werden kaum noch auf einmal nach Sotschi kommen. Überleben dann die neuen Hotels finanzkräftiger Investoren oder die kleinen, die Einheimische in den vergangenen zwanzig Jahren aufgebaut haben?“ (FAZ, 12.2.14)

Unseren anspruchsvollen deutschen Journalisten kann der Russe eben nichts mehr Recht machen, sobald sie mitbekommen haben, dass die Führungsspitzen der westlichen Welt Putins Russland so wenig leiden können, dass sie ihm am liebsten jede Anerkennung versagen möchten. Dass es im letzten Jahr internationale Erfolge erzielt haben soll, sich in Affären wie Syrien, Snowden, Ukraine eine eigene weltpolitische Rolle anmaßt, ist einfach unerträglich. Das reicht dann schon, um unsere freie Presse im Fach Feindbildpflege zur Hochform auflaufen zu lassen. ●

Aus GegenStandpunkt 1-14 – siehe Kasten!

Gaucks Staatsbesuch in Griechenland: Schuld und Schulden kann man nicht verrechnen

Der Bundespräsident reist zum Staatsbesuch nach Griechenland. Als „oberster Repräsentant des neuen, guten Deutschland“ (FR, 8.3.2014) trägt er zur laufenden Europapolitik der nationalen Exekutivorgane bei durch die Pflege der zwischenstaatlichen Beziehungen, wegen, aber jenseits der Gegensätze, die sie enthalten. Sein vornehmes Geschäft ist die „Verständigung zwischen Berlin und Athen“, mit „Gauck-Sound“ und staatsmännischen „Gesten“ (spiegel-online, 7.3.), mit denen er um „Vertrauen“ wirbt. Das in einem Land, in dem es niemandem fremd ist, dass es seine Niederlage in der innereuropäischen Konkurrenz und die „Rettung“, die ihm von Seiten der Sieger zuteil wird, mit der Unterwerfung unter ein national ruinöses Krisenabwicklungsprogramm – mit dem Ruin von Unternehmen, mit radikalen Abstrichen vom Staatshaushalt und der Verarmung der Bevölkerung – zu bezahlen hat.

Der Präsident der Deutschen, die sich als einflussreiche und gnadenlose Verfechter heilsamer staatlicher Sparsamkeit hervortun, hat davon nichts zurück zu nehmen. Er dementiert Deutschlands Verantwortung für das griechische Elend, erklärt es für alternativlos und aussichtsreich und

weil „... ohne sie Europa nicht denkbar ... (usw.)“ (Gauck auf der Akropolis, SZ, 8.3.)

*

Und das ist noch nicht einmal die einzige Ehrenbezeugung, die der deutsche Gast dem hellenischen Staatswesen mitgebracht hat: Mit den heutigen Opfern der sozialen und ökonomischen Abbruchpolitik in Griechenland will Gauck nichts zu tun haben und sich diesbezüglich von niemandem Verantwortung nachsagen lassen. Was er sich aber nicht nehmen lässt, ist, höchstselbst den Rechtsvorgängern des neuen und besseren Deutschland großkalibrige moralische Verirrungen – damals im Zweiten Weltkrieg – nachzusagen. Dafür wird eigens in einem Bergdorf, dessen Bevölkerung einst von der Wehrmacht massakriert wurde, eine stimmungsvolle Veranstaltung arrangiert. Auf der darf der Präsident seinen obligatorischen Kranz niederlegen, aus Leibeskräften „Scham und Schmerz im Namen Deutschlands“ empfinden, die „Familien der Ermordeten um Verzeihung bitten“ und „sich vor den Opfern der ungeheuren Verbrechen verneigen“, was das Zeug hält. Derlei politische Übungen, zumal an Orten, an denen deutsche Bewaffnete einmal gehaust haben, haben sich bei Staatsbesuchen zur Erzeugung feierlich-besinnlicher Atmosphäre oft bewährt, in der Deutschlands Distanz zum damaligen Unrechtsregime und die sittliche Gemeinsamkeit zwischen heutigen Deutschen und den Nachfahren ihrer früheren Opfer vorteilhaft unterstrichen wird.

Obwohl Veranstaltungen wie diese ihrer eher ideellen Natur nach gar nicht zusammenpassen mit schäbigen Forderungen, die sich auf damals erlittene materielle oder immaterielle Schäden berufen und dafür heute noch Ausgleich in Geld verlangen, scheuen sich die Griechen aber peinlicherweise nicht, eben diese Verknüpfung vorzunehmen: Sie vergleichen tatsächlich die von ihnen geforderten Pflichten zur Krisenbewältigung mit angeblichen „Entschädigungspflichten Deutschlands, die sich aus dem Zweiten Weltkrieg ergeben“ (Deutsche Welle, 7.3.), und finden, dass beide Seiten ihren Obliegenheiten nachkommen müssten, nicht nur die Griechen.

Da kommen sie aber bei Gauck an den Falschen: Der muss ihnen erstens mitteilen, dass er für solch profane Angelegenheiten von Amts wegen unzuständig ist, dass darüber hinaus der Instanzenweg in der Sache längst ausgeschöpft ist und die Ansprüche abgeschmettert sind; dass er sich aber auch in Zukunft von nichts und niemandem davon abhalten lassen wird, die Schuld der Nationalsozialisten anzuerkennen und die Opfer mit deutscher Ehrerbietung zu überschütten, und in diesem Fall sogar die Finanzierung eines „Zentrums für Erinnerungskultur“ in Aussicht stellen kann.

Was bleibt von dem Besuch ist, trotz der griechischen Geschmacklosigkeit, am Ende Zufriedenheit mit der Performance des Präsidenten bei dem „heiklen“ Besuch: „Gauck hat die schwierige Aufgabe mit der ihm eigenen Würde und menschlichen Zuwendung, die seine Schuld- und Schamgefühle als echt bezeugen, bewältigt.“ (FR, 8.3.) Das ist dann doch ein wenig übertrieben. So schwer kann die Aufgabe nun auch wieder nicht sein, wenn einem Würdenträger von seiner angemessenen begeisterten Öffentlichkeit bereitwillig bestätigt wird, er habe es hinbekommen, mit einer Heuchelei eine andere glaubhaft zu machen. Das kann doch wirklich jeder Präsident. ●

ZEITSCHRIFT GEGENSTANDPUNKT



GegenStandpunkt 1-14
ISBN 978-3-929211-20-7
124 Seiten
€ 15.– (Ebook € 10.–)

Im Buchhandel erhältlich:

Erlangen: Ex Libris, Bismarckstr. 9
Fürth: Edelmann, Fürther Freiheit 2A Nürnberg:
Bahnhofsbuchhandlung / Rüssel, Frankenzentrum / Jakob, Hefnerspl. 8 / Frenkel, Fürther Str. 9
www.gegenstandpunkt.com

bekundet dem geplagten Volk Mitgefühl und Bewunderung:

„Es bedrückt mich sehr, wenn ich höre, was so viele Griechinnen und Griechen aushalten und durchhalten im siebten Jahr der Krise... Viele spüren, dass die Reformen hart, aber nötig sind und dass sie nicht erfolgen, um Deutschlands Forderungen zu erfüllen, sondern Griechenland eine bessere Zukunft zu bereiten... Der Weg führt zum Ziel, wenn sie die eingeschlagene Richtung beibehalten.“ (Gaucks „Europarede“; Die Welt, 7.3.)

Mit dieser gelungenen Kostprobe diplomatischer Infamie verwandelt der deutsche Freiheitspräsident das erzwungene Elend der Griechen in ein Kompliment an die Opfer, ihre Zwangslage in eine moralische Ausdauerleistung, ihre Schaffsgeduld in ein Resultat höherer Einsicht und kluger Opferbereitschaft, die Lob und Bewunderung verdienen, weil sie sich angeblich einleuchten lassen, was andere zu ihren Lasten geregelt haben. Vor seiner eigenen Umdeutung griechischen Leidens kann er nur den Hut ziehen und seinen höchsten Respekt bekunden, davor, was der heutige Hellene sich so alles gefallen lässt – und in diesem Sinne gibt er ihnen ein aufmunterndes „unbedingt weiter so!“ mit auf den Weg. Der griechische Aristoteles und die dortige, wirklich ganz hervorragende Antike verdienen sowieso höchste Anerkennung,

Vom Zynismus einer „Work-(Study-)Life-Balance“

Hilfestellung zur Anpassung an kapitalistische Systemzwänge – das braucht der Mensch!

„Work-Life-Balance“ ist schwer in Mode. Jedes große Unternehmen, das was auf sich hält, organisiert Workshops für seine Mitarbeiter oder errichtet gleich eigene Beratungsstellen zur Vereinbarkeit von Berufsalltag und Privatleben. Auch an den Unis werden zukünftige Verantwortungsträger in Vorträgen und Seminaren mit der „gesellschaftlichen Problematik“ einer „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ bekannt gemacht. Zudem gibt es für die Studierenden selbst Angebote zur Lebenshilfe in Bezug auf die „Herausforderungen“, die das moderne Studentenleben zwischen Bachelorstudiengängen, dem notwendigen Jobben für den Lebensunterhalt und dem Privatleben so mit sich bringt.

Bemerkenswert an den Bemühungen um eine „Work-(Study-)Life-Balance“ ist, dass sie davon ausgehen, dass sowohl das Berufsleben respektive das Studium als auch das Privatleben für viele hierzulande eine einzige Belastung darstellt. Wieso das so ist, welchen Notwendigkeiten die Betroffenen ausgesetzt sind, die ihnen das Leben schwer machen, dem will das Konzept einer

„Work-(Study-)Life-Balance“ nicht weiter nachsteigen. Es nimmt „Work“ respektive „Study“ und „Life“ als zwei getrennte Bereiche, die von den Individuen unter einen Hut zu bringen sind. Dabei lässt seine Problemstellung noch einen Zusammenhang zwischen beiden erkennen: Diese unterstellt allemal einen Gegensatz zwischen dem Berufsleben beziehungsweise dem Studium auf der einen Seite und dem Privatleben auf der anderen Seite – denn ansonsten müsste ja nichts ausbalanciert werden. Offenbar sind die Leute hierzulande in der Arbeits- und Studienwelt mit lauter Anforderungen konfrontiert, die nicht dafür da sind, ihnen ein angenehmes Leben zu verschaffen, sondern die sie zum Material für ihnen übergeordnete Ansprüche machen.

Worin diese Ansprüche bestehen und was von einem Beratungswesen zu halten ist, das die systematische Unvereinbarkeit von „Work“ beziehungsweise „Study“ und „Life“ zu einer Frage des persönlichen Umgangs damit erklärt, wird erläutert auf unserer Diskussionsveranstaltung am:

Montag, 26. Mai, 19:15 Uhr, Sprecherrat (1. OG), Turnstr. 7, Erlangen

Weniger Lebensarbeitszeit und ein bisschen mehr Geld für ein paar Ausnahmefälle? Eine absolut unmögliche Rentenreform

„Eine schreiende Ungerechtigkeit“, „katastrophal“, „eine gefährliche Geisterfahrt“, ein „Mühlstein“ um den Hals des Standorts, „fahrlässig“, „schlichtweg Wahnsinn“, „Note: ungenügend (6)“ – kaum liegen die „GroKo-Rentenpläne“ auf dem Tisch, schon rollt in der Republik eine „Wutwelle“ heran. Die Aufregung entzündet sich vor allem an der „Rente mit 63“: Ein „sozialpolitischer Amoklauf“ sei das, „Betrug an der jungen Generation“ bzw. eine „Verschwörung“ gegen sie. Altkanzler Schröder wirft seinen sozialdemokratischen Erben vor, ein „völlig falsches Signal“ zu senden, während der Vater der Rente mit 67, Franz Müntefering, die neue Reform schlicht für „bizarr“ und „systemfremd“ hält. Die Vizefraktionschefin der Grünen wirft Arbeitsministerin Nahles eine „Spaltung der Gesellschaft“ vor; Bild fürchtet eine „Spaltung der Nation“ und die SZ einen „Verlust an Glaubwürdigkeit in Europa“. EU-Wirtschaftskommissar Olli Rehn erwägt sogar ein Verfahren gegen Deutschland... Gestandene Demokraten aller Couleur sind sich da einig: Bei so viel Unvernunft und „politischer Realitätsverweigerung“ kann es sich nur um „Wahlgeschenke“ handeln, um die verwerfliche Bedienung der jeweiligen „Wählerklientel“ und den anrühigen Versuch, das eigene „soziale Profil“ zu schärfen.

Die laufende Reform: Weniger Rente für alle in der Zukunft – und ein paar SPD-Trostpflaster für den Übergang ...

Wie dem auch sei: Es ist schon bemerkenswert, wie wenig eine Partei tun muss, um in den offenbar gar nicht guten Ruf zu kommen, als Sozialpolitiker „lauter Wohltaten“ ans Volk zu verteilen.

Denn was die Sache angeht, hat das Rentenpaket eher weniger mit einem Geschenk zu tun. Es handelt sich nämlich um Folgendes:

„Infolge des RV-Altersgrenzenanpassungsgesetzes wird die Regelaltersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung stufenweise auf das vollendete 67. Lebensjahr angehoben. Mit dem Gesetz wurde gleichzeitig eine neue abschlagsfreie Altersrente ab 65 Jahren für besonders langjährig Versicherte geschaffen. Die langjährige Beitragszahlung wird zum einen durch eine zeitlich befristete Erweiterung dieser Altersrente für Versicherte, die die Voraussetzungen hierfür bereits vor dem vollendeten 65. Lebensjahr erfüllen, besonders berücksichtigt... Jedoch können auch für den besonders langjährig versicherten Personenkreis die demographischen Entwicklungen, die Grundlage für die Anhebung der Regelaltersgrenze waren, nicht unbeachtet bleiben. Daher ist auch bei der Sonderregelung für besonders langjährig Versicherte ein stufenweiser Anstieg des Eintrittsalters in diese Rentenart auf die derzeit geltende Altersgrenze von 65 Jahren vorgesehen. Mit dem Geburtsjahrgang 1964 ist die Anhebung der Altersgrenze auf 65 Jahre abgeschlossen.“ (Gesetzesentwurf der Bundesregierung, 27.1.14)

Im Klartext: Es geht um eine vorübergehende, nur einen engen Personenkreis betreffende Ausnahme- bzw. Übergangsregelung bei der Einführung der Rente mit 67. An der Zielrichtung und dem Resultat der alten Reform, der großflächigen Rentensenkung, wird nichts zurückgenommen, daran lassen die politischen Initiatoren keinen Zweifel. Die wird fortgeschrieben, versehen mit einigen schäbigen Trostpflastern für einige Ausnahmen, die es besonders ‚verdient‘ haben. Im Fall der „Rente mit 63“ sind das nach SPD-Auskunft

„Menschen, die jahrzehntelang malocht haben, als der Arbeitsschutz noch in den Kinderschuhen steckte... Wir reden von einem Anteil, der überdurchschnittliche Beitragsjahre gezahlt hat.“ (SPD-Generalsekretärin Fahimi), also entsprechend wenige, die zu den paar berechtigten Jahrgängen gehören und es auch noch auf die erforderlichen 45 rentenpflichtigen Arbeitsjahre bringen. So kommt das Rentensenkungsprogramm voran, und zugleich werden „Gerechtigkeitslücken“ geschlossen, die das soziale Profil einer modernen sozialdemokratischen Partei verunzieren.

... die die Rentengerechtigkeit gefährden!

Und schon steht besagte Gesellschaft auf der Matte, um Frau Nahles klarzumachen, was Gerechtigkeit wirklich ist und erfordert:

„Was, zum Beispiel, ist gerecht daran, dass die Babyboomer ihr Studium für die Rente von einem Tag auf den anderen nicht mehr angerechnet bekommen? Was hat es mit Gerechtigkeit zu tun, dass die nach 1960 Geborenen keinen Anspruch mehr auf die alte Berufsunfähigkeitsrente haben? ... Wieso dürfen finanziell ohnehin üppig und oft mit Betriebsrenten ausgestattete Facharbeiter nach störungsfreiem Berufsleben nun auch noch zwei Jahre früher abschlagsfrei in Rente gehen, während Pechvögel mit gebrochener Erwerbsbiographie als Rentner ein zweites Mal in die Röhre gucken? Wie gerecht ist es, dass Arbeitslose, die nach einem gut bezahlten Pauschen flott wieder in Lohn und Brot kamen, die Dauer ihrer Arbeitslosigkeit bei der Rente mit 63 nun voll anerkannt bekommen und Hartz-IV-Empfänger, die es viel nötiger hätten, nicht? Und wieso haben sich die Jüngeren in Zukunft mit kleineren Renten zu begnügen – obwohl sie doch länger gearbeitet haben als ihre Altvorrenten?“ (Der Tagesspiegel, 20.1.)

Unübersehbar handelt es sich nicht um ein Plädoyer des Journalisten, das „Geschenk“ der Bundesregierung auf die vielen Betroffenen auszuweiten, die solche Vergünstigungen genauso, wenn nicht noch mehr verdient hätten. Gerechtigkeit geht anders! Die Auflistung der Opfer, die durch das Rentenwesen und seine Reform geschädigt werden, dient dazu, die vergleichsweise Besserstellung der vorgesehenen Sonderfälle zu verwerfen und auf einer allgemeinen, ausnahmslosen Schlechterstellung zu bestehen. Die kleinste auch nur zeitweilige Ausnahme von den Härten einer Rentenreform, die für alle ihre Lebensrechnung verschlechtert, gilt als Generalangriff auf das eherne Prinzip einer Rentengerechtigkeit: Die verlangt gebieterisch die Schädigung aller ohne Ausnahme! Andernfalls leistet sich die Politik unverdiente Wohltaten – und untergräbt damit ihr ganzes Rentensystem: „Die große Koalition zeigt sich entschlossen, die eigenen Wähler zu bedienen... Statt ihre Mehrheit für nachhaltige Generationenpolitik zu nutzen, besteht der große Konsens der großen Koalition nun wieder darin, sich zu sozialpolitischen Zwecken aus der Rentenkasse zu bedienen – und die eigenen Wählergruppen zu bedienen.“ Gerecht wäre dagegen nur, „die wichtigsten Prinzipien zu wahren ... Es muss sich ‚lohnen‘, möglichst lange gesetzlich versichert zu sein.“ (ebd.) Der Autor wird wohl wissen, warum er zu Gänsefüßchen greift; zu den „wichtigsten Prinzipien“ eines gerechten Rentensystems, das sich ‚lohnt‘, gehört es, mit dem finanziellen Verlust im Falle eines früheren Renteneintritts einen unwiderstehlichen Anreiz zu schaffen, dass sich das Arbeitsvolk dem Verschleiß des Arbeitslebens möglichst lange aussetzt. ●